

# Ministerin von der Leyen und ihr Staatssekretär Dr. Ralf Brauksiepe imachteinsatz

Beeile Dich, diese entlarvende Zählerei muss beendet werden! Mit Storm wäre ich schon längst fertig!

Bist Du doch. Oder?

## Verschwendungsuhr

dem BMAS bekannte Verschwendung von Steuergeldern seit dem 1.12.2011:

159.144.839,41 €

ForseA  
Geschäftsstelle

BMAS

bj 12





<b>Editorial</b>	<b>4</b>	<b>Geschichten aus Absurdistan</b>	
<b>Einladung zur Hauptversammlung 2012</b>	<b>5</b>	Verzögerungen zur Abwehr von Ansprüchen II	40
<b>Gesetz zur Sozialen Teilhabe</b>		Budgetverlängerung als Vorwand für Kürzung	40
Unglaublich - Das Flugblatt	6	<b>Inklusion</b>	
Anfragen Silvia Schmidt (SPD) an BMAS und		Urteil zur Kostenübernahme könnte zum Meilenstein	
Antworten dazu	7	für Inklusion werden	41
ForseA-Schreiben auf BMAS-Antworten		Hessen will Inklusion rasch verwirklichen	42
vom 05.12.2011	8	Inklusion im Kreis Wesel	44
BMAS-Schreiben vom 16.01.2012	10	Inklusion als Wahlkampfthema in Niedersachsen	45
ForseA-Schreiben vom 23.01.2012	12	<b>Daheim statt Heim</b>	
ForseA-Schreiben an Frau von der Leyen	16	Hessische Grüne kritisieren Entwurf für neues	
Unglaubliche Zahlen	18	Heimgesetz	45
Teilhabe durch Leistungsgesetz ermöglichen	19	<b>Pflege</b>	
Die Verschwendungsuhr tickt	20	Pflegebedürftige können Pflegedienstvertrag jederzeit	
Ein „kleiner“ Aufreger	22	kündigen	46
Neuer Schwung für ein Gesetz zur Sozialen Teilhabe	22	Appell an Gesundheitsminister: Pflegereform - sofort	
Die zweite Seite der Medaille	23	und richtig!	47
ForseA: Bereits 100 Millionen Euro verschwendet!	24	Heftige Kritik an Fehlern in der Altenpflege	47
<b>Persönliches Budget</b>		<b>Persönliche Assistenz</b>	
Monika Natrup: Stand ihrer Auseinandersetzung		Hamburger Verbund selbstbestimmte Assistenz	49
mit ihrem Sozialamt Waldeck-Frankenberg	25	Assistenzlöhne angemessen kalkulieren	50
Netzwerk von NutzerInnen des Persönlichen Budgets		<b>Verschiedenes</b>	
in Rheinland-Pfalz gegründet	26	Aufruf zur Berliner Demo am 27. April	51
Verwalter Persönlicher Budgets schließen sich		Sommercamp findet vom 15. - 20. Juli	
zusammen	26	in Duderstadt statt	52
Behörden misstrauen behinderten Menschen in		Neuer Beratungsdienst in Gießen nimmt Arbeit auf	52
Sachen Persönliches Budget	27	Steuererklärung leicht gemacht	53
Persönliches Budget - Beratungshotline auch 2012	28	<b>Literaturtipps</b>	
<b>UN-Behindertenrechtskonvention</b>		Ratgeber für behinderte ArbeitgeberInnen und solche,	
Anträge der Linken zur Umsetzung der		die es werden wollen	53
Behindertenrechtskonvention	29	<b>Hörtipps</b>	
Unfallversicherer mit Aktionsplan zur		Kelims Geschichten 3	54
Behindertenrechtskonvention	29	<b>ForseA intern</b>	
Bewusstseinswandel auch im Muldental angemahnt	30	Hauptversammlung 2012	54
Aktionsplan 2. Klasse für Rechte Behinderter	30	Wir begrüßen als neue Mitglieder	54
Gespannt auf den bayerischen Aktionsplan zur		Papierlose Ausgabe des INFORUM	54
UN-Konvention	31	Ihre Daten bei ForseA	54
Bericht aus Genf zur UN-Behinderten-		BeraterInnen-Netzwerk online	55
rechtskonvention	31	Impressum	55
Resolution zur Finanzierung der Umsetzung der		Unser Vorstand	56
UN-Konvention	32	Aufnahmeantrag	57
Behindertenrechte: Angemessene Vorkehrungen		Satzungsauszug	58
gesetzlich verankern	32	Deutschlandkarte	59
Breites Bündnis der Zivilgesellschaft für UN-Bericht	33	<b>Recht</b>	
Runder Tisch im Bayrischen Landtag zur		Anwaltsliste	60
UN-Konvention	33	<b>Unterstützungsliste</b>	65
Behindertenrechtskonvention - Was tun?	34		
LWV Hessen gegen den Rest der Welt?	34		
Behindertenrechtskonvention: Boehringer stellt			
Aktionsplan vor	35		
Unterfranken: CSU scheut Auseinandersetzung			
in der Sache	36		

Nichts über uns!



Gerhard Bartz

Liebe Mitglieder, liebe Leserinnen und Leser,

ein kalter Winter liegt hinter uns, die sozialpolitische Eiszeit dauert dagegen an. Nach wie vor interessiert sich die Bundesregierung nicht wirklich für die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen. Diese Untätigkeit verstehen sehr viele Kostenträger als Freibrief, nach eigenem Befinden mit der Konvention umzugehen (oder auch nicht umzugehen). Manche geben an, sich nicht an irgendwelchen Konventionen, sondern an geltenden Gesetzen zu orientieren. Dabei übersehen sie geflissentlich, dass auch die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen geltendes Gesetz, neuer als gleiche Regelungen im SGB XII und in diesen Fällen vorrangig ist. Aber das muss den Kostenträgern in jedem einzelnen Vorgang gerichtlich bestätigt werden. Dass dies Monate, oft Jahre unser Leben belastet - das interessiert weder in der Verwaltung noch in der Bundesregierung.

Noch immer werden behinderte Menschen mit Heimeinweisung bedroht, weil als zumutbar im Sinne

des § 13 SGB XII angesehen. Andere werden von ihrem Kostenträger unter dem Vorwand, eine Präzedenzentscheidung herbeiführen zu wollen, über Jahre in einer Anstalt festgehalten. Dabei geht es lediglich darum, Zeit und damit Geld auf dem Rücken der Betroffenen zu schinden. Die in Artikel 8 Behindertenrechtskonvention geforderte Bewusstseinsbildung, die ja von der Bundesregierung ausgehen sollte, ist nach wie vor kaum zu erkennen. So wurde mir nach dem Bericht über William Geier von einer Zuschauerin gesagt, dass die wichtige Frage, was das Leben in Freiheit nun kosten würde, nicht beantwortet wurde. Daher könne sie den Film und seine Botschaft nicht beurteilen. Unter Bewusstseinsbildung nach Artikel 8 verstehe ich etwas anderes.

Seitens mancher Kostenträger werden keinerlei Anstalten registriert, das Persönliche Budget in die Praxis umzusetzen. Wahrscheinlich wird noch in Jahren Antragstellern von der AOK Baden-Württemberg erklärt, dass man das nicht kenne und noch nie gemacht habe. Es gibt aber auch löbliche Ausnahmen: Die AOK in Sachsen lädt ForSeA zu Schulungen ihrer Sachbearbeiter ein und fragt selbst die ForSeA-Berater bei Fragen hinsichtlich anstehender Budgetverhandlungen an, um diese Probleme dann gemeinsam zu lösen.

Generell ist jedoch festzuhalten, dass ohne Umsetzung der Behindertenrechtskonvention das vielgepriesene Persönliche Budget eine Fast-Null-Nummer bleibt. Das SGB IX war ursprünglich als Leistungsgesetz konzipiert und es wird höchste Zeit, dass es endlich zu einem solchen wird. Hierzu brauchen wir das Gesetz zur Sozialen Teilhabe.

Ermessenssache ist nicht gleich Ermessenssache. Bei Menschen mit Behinderungen wird das Ermessen meistens so ausgeübt, dass die Hilfe so gering und billig wie möglich ausfällt. Anders beim zurückgetretenen Bundespräsidenten. Würde er genauso behandelt wie behinderte Menschen, würde sein Ehrensold mit der Bemerkung gestrichen, dass er weder aus politischen noch aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten ist und somit seinen Anspruch verwirkt hat. Doch was hört man aus Berlin? Man sollte nicht so kleinkariert sein! Unglaublich ist auch die Tatsache, dass die Politik immer noch nicht auf die Tatsache reagiert, dass jährlich mindestens 500 Millionen Euro dafür ausgegeben werden, damit man durch Einkommens- und Vermögensanrechnung 12 Millionen einnehmen kann. So was kann sich auch nur der Staat leisten.

Es ist unglaublich, mit welcher Selbstverständlichkeit uns Politik und Sozial-Verwaltungen unsere Rechte verweigern. Nicht nur für die Assistenz, nein, auch für Hilfsmittel, Mobilität, der gesamte Bereich Bildung von der Kita bis zur Uni. Zur Vermeidung der Benachteiligung bei der Arbeit und in der medizinischen Versorgung sind ständige Auseinandersetzungen erforderlich. Mit der Zeit, die behinderte Menschen hierfür aufwenden müssen, bestreiten andere mehrere Hobbys. Unser Kampf für eine inklusive Gesellschaft geht also auch in diesem Jahr weiter.

Wir wünschen Ihnen ein schönes Frühjahr!

Ihr

Vorsitzender



Bundesverband  
Forum selbstbestimmter Assistenz behinderter Menschen e.V.

**ForseA e.V., Hollenbach, Nelkenweg 5, D-74673 Muldingen**

An unsere Mitglieder,  
die das INFORUM beziehen

**Diesen Brief schreibt Ihnen**

Gerhard Bartz  
Vorsitzender

Hollenbach, den 16. November 2011

## EINLADUNG ZUR HAUPTVERSAMMLUNG 2012

Liebes ForseA-Mitglied,

wir laden hiermit fristgerecht zu unserer Hauptversammlung 2012 ein. Sie findet am Samstag, den 14. April 2012 ab 14:00 Uhr im Schlosshotel Behringen (bei Eisenach)<sup>1</sup> statt.

### Tagesordnung:

- |  |  |                              |
|--|--|------------------------------|
| 1. Eröffnung und Begrüßung             | 5. Jahresbericht 2011                                    | 8. Entlastung des Vorstandes |
| 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit | 6. Kassenbericht 2011 und Genehmigung des Haushalts 2012 | 9. Aktivitäten 2012          |
| 3. Anträge zur Tagesordnung            | 7. Bericht der Kassenprüferinnen                         | 10. Verschiedenes            |
| 4. Protokoll der Hauptversammlung 2011 |  | 11. Aussprache               |

Anträge zur Tagesordnung können bis zwei Wochen vor Sitzungsbeginn schriftlich an den ersten Vorsitzenden gestellt werden. Ausgenommen hiervon sind Dringlichkeitsanträge, deren Ereignisse nach Ablauf der Frist eingetreten sind. Diese können noch zu Sitzungsbeginn beim Vorsitzenden schriftlich eingereicht werden. Sollten Sie eine Übernachtung planen: Es sind noch barrierefreie Zimmer frei, buchen Sie bei Bedarf dort bitte aus dem Kontingent "ForseA". Um eine Planung der Hauptversammlung zu ermöglichen, bitten wir Sie, uns Ihre Teilnahme bis zum 31. März 2012 bekannt zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

FORUM SELBSTBESTIMMTER ASSISTENZ  
BEHINDERTER MENSCHEN E.V.

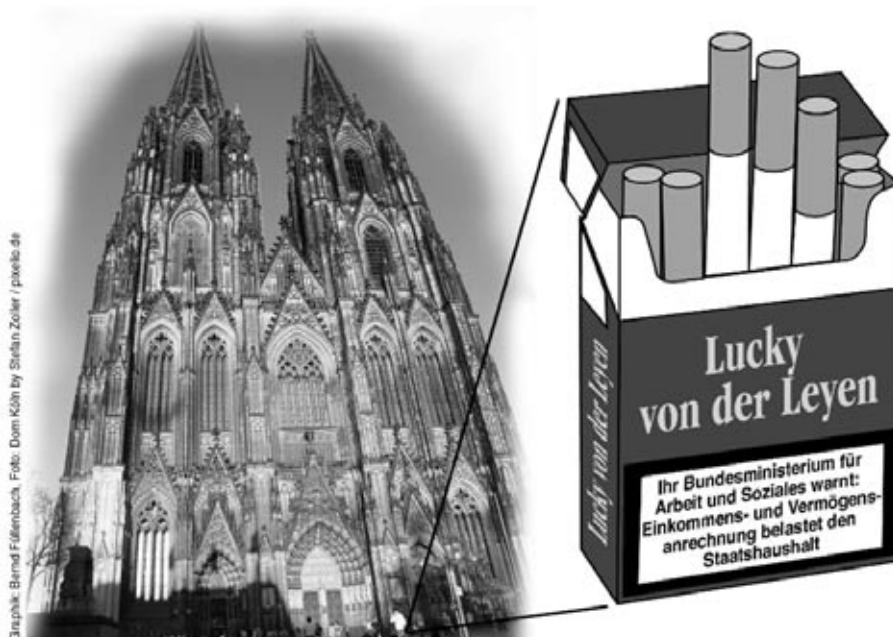
Gerhard Bartz, Vorsitzender

<sup>1</sup> Schlosshotel Behringen: Hauptstrasse 98, 99947 Behringen, Tel.: (036254) 85090, Fax: (036254) 850949, eMail: info@schlosshotel-behringen.de

## Bundesverband Forum selbstbestimmter Assistenz behinderter Menschen e.V.



Unglaublich ...



... und dennoch wahr !!!

**Eingezogenes Einkommen und Vermögen behinderter Menschen mit Assistenzbedarf entspricht - bezogen auf die Gesamtaufwendungen - dem Verhältnis einer Zigarettenschachtel (12 Millionen €) zur Höhe des Kölner Doms (15 700 Millionen €)\*.**

Für behinderte Menschen bedeutet das trotz Eingliederung im 1. Arbeitsmarkt auch bei hochqualifizierter Ausbildung:

- kein „Vermögen“ über 2.600 €
- kein wesentliches Einkommen über Hartz IV
- keine adäquate Altersvorsorge
- keine Partnerschaft und Familie (Partner müssen Assistenz bis zur eigenen Bedürftigkeit mitbezahlen!)

Dabei übersteigen die Kosten für die Prüfung und Verwaltung der Bedürftigkeit (geschätzte 500 Millionen €) die Rückflüsse um ein Vielfaches! Angesichts angeblich leerer Kassen können wir uns diese Diskriminierung behinderter Menschen nicht mehr leisten.

**Wir fordern: Sofortige Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung!**

\* Zahlen aus dem Jahr 2008 Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2010

## Deutscher Bundestag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/8102

09. 12. 2011

### Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 5. Dezember 2011  
eingegangenen Antworten der Bundesregierung

#### 94. Abgeordnete Silvia Schmidt (Eisleben) (SPD)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den Berechnungen des Selbsthilfe-Verbands ForseA e. V., nach der lediglich 12 Mio. Euro zur Gegenfinanzierung der Eingliederungshilfe von 15,7 Mrd. Euro aus der Anrechnung von Einkommen und Vermögen der Leistungsempfänger zur Verfügung stehen, und teilt sie die Auffassung, dass bei geschätzten 500 Mio. Euro Verwaltungsaufwand zur Erzielung dieses, gemessen am Leistungsvolumen relativ geringen Betrages, eine wirtschaftlichere und den Ansprüchen der UN-Behindertenrechtskonvention genügende Regelung sinnvoll machbar ist?

#### Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ralf Brauksiepe vom 5. Dezember 2011

Derartige Berechnungen sind der Bundesregierung weder bekannt noch in der Sache nachvollziehbar. Richtig ist, dass das SGB XII für den Einsatz von Einkommen bei Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ein differenziertes Regelwerk enthält, das dem Träger der Sozialhilfe ermöglicht, in jedem Leistungsfall auf die besondere Situation des behinderten Menschen individuell eingehen zu können und damit dessen Belangen gerecht zu werden. Im Leistungsbereich der Eingliederungshilfe hält die Bundesregierung diesen individuellen Ansatz für unverzichtbar. Auswirkungen auf die Höhe der Gesamteinnahmen der Träger der Sozialhilfe sind dabei notwendigerweise in Kauf zu nehmen.

#### 95. Abgeordnete Silvia Schmidt (Eisleben) (SPD)

Liegen der Bundesregierung Daten vor, die den Verwaltungsaufwand zur Ermittlung der Einkommens- und Vermögensanrechnung im SGB XII getrennt nach Leistungskapiteln darstellen, und falls nein, wie hoch wurde die Bundesregierung den durchschnittlichen Verwaltungsaufwand pro Fall schätzen?

#### Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ralf Brauksiepe vom 5. Dezember 2011

Der Bundesregierung liegen keine derartigen Daten vor. Da die Sozialhilfe von den Ländern und Kommunen als eigene Angelegenheit durchgeführt wird, hat der Bund gerade in Bezug auf den für die Durchführung erforderlichen Verwaltungsaufwand weder Einflussmöglichkeiten noch Kenntnisse.